

Die materiellen Positionen, wie sie von den einzelnen Delegationen in Lima vertreten wurden, änderten sich durch diesen Konsensus nicht. Die Organisationen des VN-Systems wurden gebeten, die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der Lima-Konferenz zu initiieren. Außerdem enthält die Resolution Bestimmungen über einen ständigen Mechanismus zur Überprüfung der erzielten Fortschritte und damit zusammenhängende Aufgaben für den Exekutivdirektor, insbesondere die Pflicht zur periodischen Berichterstattung. Die von der Lima-Konferenz an den UNIDO-Rat überwiesenen, noch offenen Resolutionsentwürfe, die z. T. äußerst kontroverse Forderungen enthalten, wurden weitervertagt, da auch die Entwicklungsländer einsahen, daß ein gründlicheres Studium dieser Entwürfe notwendig ist. Die Ratstagung in Wien endete schließlich in einer äußerst versöhnlichen Atmosphäre.

IX. Schlußbetrachtung

Obwohl die Lima-Konferenz nicht mit einem Konsensus abgeschlossen werden konnte, führte sie dennoch nicht zu einer erneuten allgemeinen fruchtlosen Konfrontation. Das Abstimmungsergebnis bedeutet eine weitere Annäherung unter den verschiedenen Ländergruppen, wenngleich einige wenige Positionen, die als unverzichtbar angesehen wurden, konsequent aufrechterhalten wurden. Dennoch scheint sich der Raum für Kontroversen zu verengen. Bei den Entwicklungsländern treten wieder stärker die zur Mäßigung und Kooperation mahnenden Kräfte in den Vordergrund. Auch bei den westlichen Industrieländern wird das intensive Bestreben deutlich, unnötige Härten zu vermeiden und nur dort die Kompromißbereitschaft zu versagen, wo es wirklich um die Verteidigung vitaler Interessen geht. Der Ton der Schlußerklärungen war versöhnlich. Polemische Angriffe auf die Länder, die der Lima-Erklärung nicht zugestimmt haben, blieben aus. Offenbar hatten die Entwicklungsländer selbst nicht erwartet, daß es zu einem Konsensus kommen würde, nachdem sie sich einmal entschlossen hatten, in die Lima-Deklaration auch die bekann-

ten umstrittenen Forderungen einzubeziehen, die keinen unmittelbaren Bezug zu Industrialisierungsfragen im engeren Sinne haben. Vor allem zeigten sich die Entwicklungsländer über die im institutionellen Bereich erzielten Ergebnisse befriedigt, die sie zu Recht als Erfolg werteten. Der nur wenige Wochen nach Lima in Wien erzielte Konsensus über die Nachfolgebemaßnahmen und die Umsetzung der Lima-Beschlüsse in die praktische Arbeit der UNIDO beweist den grundsätzlichen Willen zur Zusammenarbeit in allen Ländergruppen. Es ist zu hoffen, daß diese Bereitschaft, nach realistischen, machbaren Lösungen zu suchen, auch Eingang in die Verhandlungen auf der 7. Sondergeneralversammlung der VN findet. Für die UNIDO war die Lima-Konferenz auch ein Prestigegewinn. Das breite Presseecho hat dieser bisher eher im Schatten arbeitenden VN-Organisation zu größerer Publizität verholfen. Ob daraus auch eine anerkannte Reputation als schlagkräftige Fachorganisation für Industriefragen mit professioneller Kompetenz wird, muß sich noch zeigen. Vielleicht trägt die bevorstehende Umwandlung in eine Sonderorganisation dazu bei, die UNIDO aus dem politischen Spannungsfeld des engeren Verbandes der Vereinten Nationen zu lösen und sie auf die Ebene einer effizienten Fachorganisation für technische Hilfe im industriellen Bereich zurückzuführen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Dok. A/Res/3201 (S—VI) und A/Res/3202 (S—VI).
- 2 Vgl. Dok. A/9946.
- 3 Vgl. Erklärung von Bundesminister Egon Bahr in der Generaldebatte, Bulletin der Bundesregierung vom 18. 3. 1975, Nr. 38, S. 370.
- 4 Vgl. hierzu Dok. ID/Conf.3/INF.1/Rev.1.
- 5 Vgl. Dok. ID/Conf.3/22.
- 6 Vgl. Dok. ID/Conf.3/23.
- 7 Vgl. Dok. ID/Conf.3/30 vom 26. 3. 1975.
- 8 Zum Ergebnis der Einzelabstimmungen über die §§ 19, 32, 33, 47, 59 i, 59 j, 60 e, 60 f, 61 e und 76 vgl. Dok. ID/Conf.3/SR.18.
- 9 Der Wortlaut der Erklärungen zur Stimmabgabe und der zusätzlichen schriftlichen Vorbehalte findet sich in Dok. ID/Conf.3/SR.18 Add.1.
- 10 Vgl. Dok. ID/Conf.3/Res.1 und Res.2.
- 11 Vgl. Dokumente ID/Conf.3/L.5, L.7 Rev.1 L.8 Rev.1 und L.9.
- 12 Vgl. Dok. ID/B/155.

Das Gebot der Stunde

Anmerkungen zur UNIDO-Konferenz in Lima¹

MARKUS TIMMLER

Von den internationalen Problemen — Umwelt, Rohstoffe, Bevölkerung, Währung, Handel, Seerecht, Abrüstung — kommt der Diskussion über die Industrialisierung neben der über die Ernährung eine besondere Bedeutung zu. Zwar hängen alle diese Probleme zusammen; aber mehr als alle anderen sind Ernährung und Industrialisierung zugleich Angelegenheiten der Regierungen und Sache jedes Einzelnen, vor allem in den Entwicklungsländern. Jeder Einzelne kann dort irgend etwas für seine Ernährung tun, sofern er Initiative entfaltet, und jede handwerkliche Betätigung ist nicht nur ein Schritt in Richtung auf die Industrialisierung sondern auch eine Möglichkeit zur Verbesserung des persönlichen Lebensstandards. Darum ist bemerkenswert, daß die zweite weltweite Tagung der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (United Nations Industrial Development Organization, UNIDO), die für so viele Menschen so viel bedeutet, in den westlichen Industriestaaten wenig beachtet wurde. Eine Folge davon ist, daß sich die Öffentlichkeit kein Bild von den vielschichtigen Problemen und von dem gegenwärtigen Stand der Industrialisierung in den Entwicklungsländern machen kann und somit auch nicht von den Konsequenzen für ihre eigene Zukunft (Konsum, Arbeitsplätze).

Technik — Technologie — Erfahrungswissen

Die Konferenz fand vom 12. bis 27. März 1975 in Lima, der Hauptstadt des südamerikanischen Staates Peru, statt. Wie ihr

Name besagt, ging es dabei um Industrialisierung, das heißt, um den Einsatz von jeweils angemessenen Techniken, um die Anwendung von zweckentsprechenden Technologien und von Erfahrungswissen (know how) zugunsten von rund 2,8 Mrd. Menschen in den 104 Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dabei haben wir unter Technik die Transformation einer Sache in eine andere und unter Technologie die Steuerung von Prozessen der Transformation zu verstehen.

Sehr bald nach der Unabhängigkeit Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre dieses Jahrhunderts erkannten die jungen Staaten zum einen, daß die politische Unabhängigkeit ohne ein gewisses Maß auch wirtschaftlicher Eigenständigkeit im Hinblick auf das internationale Kräftespiel praktisch wertlos, und zum anderen, daß ein wichtiger Faktor zur Erlangung dieser ökonomischen Eigenständigkeit die Industrialisierung ist. Der Franzose J. Fourastié hatte auch den Entwicklungsländern bewußt gemacht², daß die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft, das heißt Quantität und Qualität der während einer Arbeitsstunde erzeugten Güter und Dienste sowie deren Steigerung, wesentlich von der Technik der Produktion bestimmt werden, und daß diese Steigerung der Arbeitsproduktivität und die dadurch bewirkte Vermehrung der Produkte vornehmlich mit Hilfe der Industrialisierung erreicht werden können.

Die Forderung der Entwicklungsländer nach Industrialisierung ist denn auch nicht neu; aber sie wurde bisher nie so nachdrücklich und umfassend, ja ultimativ erhoben wie in Lima. Schon 1956 war im Sekretariat der Generalversammlung der VN ein Referat für Fragen der Industrialisierung geschaffen worden. 1961 machte die Generalversammlung daraus ein Zentrum für Industrielle Entwicklung (Center of Industrial Development, CID). In demselben Maße, wie die Industrialisierung als Kern und Motor des gesamten wirtschaftlichen Wachstums erkannt wurde, wuchs für die Entwicklungsländer auch ihr Stellenwert als Element des Hilfesystems der Vereinten Nationen. Am 17. November 1966 beschloß die Generalversammlung (A/Res/2152), das CID in einer Sonderkörperschaft der Vereinten Nationen, die UNIDO, umzuwandeln mit der Aufgabe, die industrielle Entwicklung zu fördern und zur Beschleunigung der Industrialisierung in den Entwicklungsländern beizutragen, vor allem auf dem Gebiet der Erzeugung von fertigen Waren³.

Doch anders als die Industriestaaten verstand und versteht die Ungeduld der Entwicklungsländer unter Beschleunigung nicht vornehmlich eine politische und wirtschaftliche Bereitschaft, sondern Mittel und Instrumente, um diese Beschleunigung gemäß ihren Vorstellungen zu praktizieren. In dieser Absicht werden sie durch den Status behindert, den die UNIDO gemäß dem eben erwähnten Beschluß 1966 erhalten hatte. Sehr bald forderten die Entwicklungsländer daher gegen den hinhaltenden Widerstand mehr der westlichen, aber auch der östlichen Industriestaaten, die UNIDO aus einer Sonderkörperschaft mit halbautonomen Status, die von der UNO finanziell abhängig ist, in eine Sonderorganisation der VN mit voller Autonomie (Haushalt, eigene operative Mittel) ähnlich der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) umzuwandeln.

In Lima konnten sich die Industriestaaten dieser Forderung der Entwicklungsländer, deren Selbstbewußtsein als Folge unter anderem der Beschlüsse 82 und 84 der III. Welthandelskonferenz 1972 von Santiago (UNCTAD bezeichnet sowohl die Organisation wie die alle vier Jahre stattfindenden Konferenzen) und der sog. Ölkrise erheblich gestärkt worden war, nicht mehr entziehen⁴. In § 69 des am 27. März 1975 gegen die Stimme der USA verabschiedeten Aktionsplans wird der Generalversammlung der Vereinten Nationen empfohlen, die UNIDO in eine Sonderorganisation umzuwandeln.

Forderungen gegen wen?

Gegen wen richteten und richten sich die Forderungen der Entwicklungsländer in Sachen Industrialisierung? Sie richten sich sowohl gegen die Entwicklungsländer selbst wie gegen die Industriestaaten. »Maßnahmen im nationalen Bereich« (measures of national scope) heißt die erste Überschrift im Aktionsplan⁵. Dort werden in 16 Unterabschnitten des § 58 die »Elemente« aufgeführt, die die Entwicklungsländer bei ihren nationalen Maßnahmen zur Industrialisierung zu beachten hätten.

Die Reihenfolge der Hinweise an die eigene Adresse beginnt mit »der Formulierung langfristiger sowie klar definierter Pläne und Strategien für die Industrialisierung, die in erster Linie in nationalen Anstrengungen und konkreten Maßnahmen bestehen sowie in Einrichtungen zu deren Durchführung, in einer ständigen Überprüfung und wenn notwendig Anpassung«. Sodann werden die einzelnen Bereiche der Industrialisierung genannt — über ihre Reihenfolge unter 58 f I—III kann man, fachlich gesehen, anderer Meinung sein — bis »zur Einrichtung und Verstärkung der Vorkehrungen und Institutionen zur Regelung und Überwachung der ausländischen Investitionen und der Förderung des Transfers von Technologien«.

Eine Lanze für die Dritte Welt

Seit die ölproduzierenden Staaten mit durchschlagendem Erfolg die Ölwanne anwandten, ist in den Ländern der Dritten Welt der Ruf laut geworden, die Produzenten auch anderer Rohprodukte wie Zucker, Kaffee oder Kautschuk sollten sich zu einer geschlossenen Front zusammenschließen, um den Industriestaaten höhere Preise abzurufen. In den Industriestaaten ist man nur zu leicht bereit, derartige Überlegungen einer sinisternen Weltverschwörung zuzuschreiben, die die Zerstörung des Westens im Sinn habe. Denn, so wird argumentiert, höhere Weltmarktpreise für Rohstoffe müßten zu höheren Preisen der Fertigprodukte und damit zu Arbeitslosigkeit und zu einem allgemeinen Absinken des Lebensstandards des Westens führen. Daß man höhere Preise für Rohprodukte durch eine Verminderung der Gewinne abfangen könnte, davon wird nicht gesprochen, daran wird nicht einmal gedacht, wie die großen Ölgesellschaften während der Weltenergiekrise deutlich bewiesen haben. Noch erinnert man sich ihrer Krokodilstränen, mit denen sie der Welt erzählten, die erhöhten Rohölpreise würden ihnen keine Rücklagen und keine weiteren Bohrungen und technischen Verbesserungen erlauben. Heute weiß man, daß ganz im Gegenteil durch die erhöhten Ölpreise auch die Gewinne dieser Ölkonglomerate sprunghaft angestiegen sind.

Der Ruf »trade, not aid« (Handel, nicht Wirtschaftshilfe) hallt schon seit zehn, fünfzehn Jahren durch die internationalen Konferenzräume. Im Rahmen der UNCTAD, der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung, versuchen die Entwicklungsländer, die Habenichtse dieser Erde, seit Jahren, die reichen Staaten davon zu überzeugen, daß sie sich à la longue viele Milliarden an Auslandshilfe ersparen könnten, würden sie den Rohstoffproduzenten bessere Handelsbedingungen einräumen und ihnen damit ein erhöhtes Deviseneinkommen ermöglichen. Das würde sie in den Stand versetzen, auf dem Weltmarkt etwa für dringend benötigtes Getreide die gleichen Preise zu zahlen, die Russen und Chinesen zu zahlen in der Lage sind. Die Welternährungskonferenz vom vergangenen Herbst hätte sich nach dem Willen der Blockfreien nicht mit erhöhter Auslandshilfe für die Lebensmittelproduktion befassen sollen, sondern mit verbesserten Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer. Die kürzlich veröffentlichten Zahlen über den Außenhandel Südkoreas für 1974 zeigen ein Passivum von fast zwei Milliarden Dollar. Die Bilanzen anderer Länder werden nicht viel anders aussehen. Wieder wird der Hut herumgereicht werden, und die reichen Staaten werden das Handelsdefizit mehr oder weniger großzügig durch Hilfgelder gutmachen, sich selbst auf die Schulter klopfen und daraus politisches Kapital zu schlagen versuchen. Und sich wundern, daß die Erbitterung in den Entwicklungsländern weiter steigt. Kann man es diesen Ländern aber übelnehmen, wenn sie den industriellen Westen im Verdacht haben, er sei gar nicht daran interessiert, in der Dritten Welt einen wirtschaftlich gesunden, gleichberechtigten Handelspartner zu finden, sondern möchte die Entwicklungsländer lieber mit Hilfgeldern am Zügel halten?

Genau hier liegt der Hund begraben — aber nicht nur hier. Um es weniger metaphorisch zu sagen: Das Verlangen der Entwicklungsländer nach besseren Preisen für ihre Rohprodukte ist ebenso berechtigt wie ihr Vorwurf, die reichen Staaten schlossen sich zu einem Kartell zusammen, das dem Rest der Welt mitleidlos seine Preise diktiert. Trotz aller Auslandshilfe ist der Anteil der Entwicklungsländer am Weltexport von 30 bis unter 20 Prozent gesunken.

Doch es gibt auch ein Aber. Die Privatwirtschaft, die von den ehemaligen Kolonien wie eine Verschwörung gegen die Dritte Welt empfunden wird, hat sich strukturell und in jener Kolonialzeit so entwickelt, daß sie heute auch ohne bösen Willen am Schaltbrett der Weltwirtschaft sitzt. Diese Struktur trägt dazu bei, daß sich die Kluft zwischen armen und reichen Staaten vergrößert (the widening gap), die Reichen immer reicher und die armen Länder immer ärmer werden. Es ist nicht einmal so unrichtig, wenn die armen Länder behaupten, daß die Reichen selbst an der Wirtschaftshilfe, die sie ausschütten, noch verdienen. Man bedenke: Getreide, das etwa nach Bangladesch

verschenkt wird, liegt im Bauch großer Schiffe, die zumeist westlichen Gesellschaften gehören. Die Frachtgebühr kommt daher jenen Gesellschaften zugute. Die Güter werden versichert, und es gibt kaum eine große Versicherungsgesellschaft, die nicht westlichem Kapital gehört. Alle damit verbundenen Bankgeschäfte werden über die großen Bankhäuser des Westens abgeführt. Der Klub der Reichen verdient auf alle Fälle. Er bestimmt die Spielregeln, und wenn er zu wenig verdient, ändert er sehr oft die Regeln. Und vergißt bequemerweise, daß er damit genau das tut, was er verurteilt, wenn es die Rohstoffländer zu tun versuchen. Wobei nicht unbedingt an die OPEC-Staaten gedacht ist, denn diese sind stark genug, um ihre eigenen Spielregeln festzusetzen.

Es dürfte kaum zu bestreiten sein, daß die Privatwirtschaft in letzter Analyse tatsächlich auf immer größerem Gewinn aufgebaut ist. Der Präsident eines westlichen Großkonzerns mag für die berechtigten Lohnforderungen irgendwelcher armen Teufel in Kolumbien noch soviel Verständnis haben. Wenn es ihm nicht gelingt, vor seinen Aktionären steigende Gewinne auszuweisen, wird er abgesetzt und wird schon aus diesem Grund über seinen eigenen Schatten springen.

Zudem können auch Lohnerhöhungen sinisteren Zwecken dienen. So sollen bestimmte amerikanische Gruppen die Lohnforderungen lateinamerikanischer Fabrikarbeiter deshalb unterstützen, weil höhere Fabriklöhne auch höhere Endpreise bedeuten und die dadurch verteuerten Exportgüter in den Vereinigten Staaten eine weniger große Konkurrenz für die heimische Industrie darstellen. Wobei man sich im Westen bei Durchleuchtung solcher Vorkommnisse zwangsläufig nur mit der Situation in der ›offenen Gesellschaft‹ befassen kann.

Auch die Kampfansage der Dritten Welt gegen die ›Multis‹, die weitverzweigten multinationalen Industriekonzerne, ist nicht nur das Resultat böswilliger Propaganda. Es ist zweifellos richtig, daß die Multis Zehntausenden von Menschen Arbeit und Brot geben. Aber ebenso richtig ist es, daß sie ihre Gewinne aus den Entwicklungsländern herausziehen und sich dazu oft Praktiken bedienen, die im Gesetzbuch als Steuerhinterziehung bezeichnet werden. Erst kürzlich hat ein amerikanischer Bericht darauf verwiesen, daß ein bestimmter Konzern seiner Tochterfirma in einem Entwicklungsland für gelieferte Materialien einen um tausend Prozent überhöhten Preis verrechnet, so daß die Tochterfirma auf dem Papier keinen Gewinn aufweist und in dem ohnehin armen Entwicklungsland auch keine Steuern zu bezahlen braucht.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß etwa die amerikanische Regierung das Hungerproblem eher durch Wirtschaftshilfe als durch Handelskonzessionen gelöst sehen will. Mit etwas Publicrelations sollte es der Regierung leicht fallen, dem Kongress noch ein paar Dollarmillionen für Auslandshilfe abzurufen. Bei der Macht der Wirtschaftskonzerne würden es die Parlamentarier aber als politischen Selbstmord betrachten, verlangte man von ihnen, sie sollten ernsthaft für einschneidende Handelskonzessionen an die Dritte Welt eintreten.

Wieder kann man einräumen, daß die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sofort ansteigen würde, wollten diese Länder ohne Einschränkung billige Hemden, Transistoren oder Schuhe importieren. In einer Demokratie — und in einer solchen wollen wir schließlich leben — würde eine Regierung solch großzügige Liberalisierung schon politisch nicht durchstehen. Wo also liegt die Lösung?

Den Stein der Weisen gibt es hier ebensowenig wie auf anderen Gebieten. Am nächsten sind ihm vielleicht noch jene Politiker der Dritten Welt und jene nachdenklichen Wirtschaftsleute des Westens, die nach einer ›Adjustierung‹, nach Maßhalten, nach einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Fortschritts im Westen rufen. Nicht um politischen Revoluzzern nachzugeben, sollte man auf diese Rufe hören, sondern um eine unausbleibliche Entwicklung vorzusehen und auf sie vorbereitet zu sein. Der wirtschaftliche Fortschritt in den westlichen Ländern wurde ohnehin schon merklich gebremst. Wenn der Westen diese Entwicklung als logisch und unausweichlich hinnimmt, wenn er bereit ist, sich mit ihr konstruktiv auseinanderzusetzen, kann er sie steuern und sich darauf einstellen. Wenn nicht, wird er von ihr eines Tages überrannt werden und dann vielleicht die Ölländer um ›aid, not trade‹ angehen müssen.

Hans Szuszkiewicz

§ 60 der Erklärung und des Aktionsplans von Lima behandelt die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, und zwar auf subregionaler, regionaler und interregionaler Ebene (hier ist daran zu erinnern, daß ›Region‹ im Sprachgebrauch der VN mit ›Erdteil‹ zu übersetzen ist). Vorher werden in 16 Unterabschnitten des § 59 die Maßnahmen aufgeführt, mit denen Erklärung und Aktionsplan von Lima sich in erster Linie an die Industriestaaten wenden.

Auch hier ist der Bogen weit gespannt. Er reicht von der Beseitigung der Handelsschranken über die Finanzierung, die Ausbildung, die Aufforderung, die Herstellung von Synthetika einzuschränken, die Investitionen, ein Wohlverhalten der multinationalen Unternehmen bis zum Ersuchen, jede Art von Diskriminierung zu unterlassen und die Aufforderung, ›die Souveränität der Entwicklungsländer über ihre natürlichen Vorkommen sowie über deren Nutzung, Verarbeitung und Vermarktung‹ zu respektieren.

Einschneidende Begehren

Um die zum Teil tief in das Gefüge der Weltwirtschaft einschneidenden Begehren der Entwicklungsländer im Hinblick auf ihre Industrialisierung, die insbesondere die europäischen hoch entwickelten Staaten betreffen, um die berechtigten Anliegen zu begreifen, aber auch, um für die sachlich nicht vertretbaren Forderungen Verständnis aufzubringen, muß man sich die völlig verschiedenen Ausgangslagen für die Industrialisierung der mittlerweile hoch entwickelten Staaten im 18. und 19. Jahrhundert vergegenwärtigen und die der Entwicklungsländer heute. Damals waren Technik, Methoden und Mittel der Industrialisierung weitgehend unbekannt. Mit Experimenten und Erfindungen, Fortschritten und Rückschlägen tastete man sich in unbekannte Bereiche vor. Eine gelungene chemische Synthese war die Voraussetzung für den nächsten Versuch, die noch so einfache Maschine, die ein Handwerkszeug ersetzte, ein Mosaik mehr zu dem Fundament, auf dem das gegründet ist, was wir heute umfassend Maschinenbau nennen. Welch eine lange, organische, systematische Entwicklung von der Dampfmaschine bis zur Diesellokomotive und dem elektrisch betriebenen und computergesteuerten Eisenbahnzug!

Die Qual der Wahl

Die Entwicklungsländer sind am Beginn ihrer Industrialisierung heute in einer völlig anderen Lage, einer teils besseren, teils schlechteren; besser, weil ihnen die Kosten, Sorgen und Ängste eines risikoreichen Erfinder- und industriellen Pionierlebens weitgehend erspart bleiben (können). Ihnen stehen (theoretisch) die Ergebnisse der Wissenschaften und Techniken von Jahrhunderten zur Verfügung. Schlechter, weil sie ihre Industrien nicht etappenweise organisch aufbauen, sondern weil sie übernehmen, wenn man will, weil sie nachahmen, was andere gedacht, gebaut und praktiziert haben.

Zu allen psychologischen wie technischen Nachteilen des Nachahmens und Übernehmens kommt für die Entwicklungsländer noch die Qual der Wahl. Für sie ist die mittlerweile unübersehbar gewordene Fülle der industriellen Möglichkeiten ebenso verwirrend, wie die Auswahl dessen, was ihren besonderen Verhältnissen angemessen wäre.

Angewiesen, aber nicht ausgeliefert

Die Entwicklungsländer sind daher bei der Planung ihrer gesamten Industrialisierung und auch bei dem Aufbau leistungsfähiger einzelner Betriebe auf den Rat und die Erfahrung der Industriestaaten angewiesen, sie sind ihnen aber nicht ausgeliefert; denn zum einen ist der Bedarf der Entwicklungsländer an komplizierten Produktionen vorerst weit geringer als in den hoch industrialisierten Staaten; zum anderen verlassen jedes Jahr Tausende von eingeborenen Wissenschaftlern und Technikern die Fach- und Hochschulen. Sie stehen ihren afrikanischen, asiatischen oder amerikanischen Heimatländern

also in ständig zunehmender Zahl zur Verfügung. Vielleicht sind ihre Leistungen qualitativ (zunächst noch) nicht mit denen ihrer Kollegen in den hoch entwickelten Industriestaaten zu vergleichen, aber sie reichen aus, um der ›self-reliance‹ eine ständig zunehmende konkrete Bedeutung zu geben.

Schlagartig in die Öffentlichkeit gerückt

Doch ein bedeutenderer und zukunftsreicherer Grund dafür, daß die Entwicklungsländer in Sachen Industrialisierung auf die Zusammenarbeit mit den hoch entwickelten Staaten zwar angewiesen, ihnen aber nicht ausgeliefert sind, ist die Erkenntnis von der Interdependenz zwischen Rohstoffen und Industrialisierung sowie die Tatsache, daß die Industrien zahlreicher hoch entwickelter Staaten ohne die Rohstoffe nicht gedeihen könnten, zumal dann nicht, wenn diese Staaten selbst über keinerlei Rohstoffe verfügen. Diese Zusammenhänge waren in Fachkreisen zwar immer bekannt. Schlagartig ins Licht der Weltöffentlichkeit wurden sie aber erst durch die sog. Ölkrise und durch die Sechste Sonderkonferenz der Vereinten Nationen über Rohstoffe und Entwicklung (9. 4. bis 1. 5. 1974 in New York) gerückt⁷.

Überdies ist diese Tatsache auch für die verschiedene Ausgangslage der Industrialisierung vor rund 200 Jahren im Vergleich zu der von heute kennzeichnend. Damals war alles in einer Hand: der Handel, das Geld, die Technik — wie leistungsfähig auch immer —, die (billigen) Arbeitskräfte, die Rohstoffe (der Kolonien) und auch das, was man heute in viel raffinierterer Form mit Marketing bezeichnet. Großbritannien, die vor rund 150 Jahren erste Industriemacht Europas und der Welt, beherrschte nicht nur die Meere, es verfügte in seinem weit verzweigten Netz von Kolonien auch über alle Mittel, Materialien und Möglichkeiten, die zum Aufbau von Industrien erforderlich sind. Das gilt, wenn auch in verschiedenem großem Umfang, ebenso für die anderen ehemaligen europäischen Kolonialmächte: Holland, Frankreich, Belgien und Italien. Knappe zwanzig Jahre lang profitierte auch Deutschland von Kolonien.

Es hieße, die Geschichte nicht wahr haben wollen, würde man zu leugnen versuchen, daß Europa seinen Wohlstand und seine solide Industriebasis zu einem guten Teil den ehemaligen Kolonien verdankt. Es wäre aber ähnlich einseitig geurteilt, würde man den anderen nicht weniger wichtigen Teil übersehen, nämlich das Abenteuer, den Pioniergeist, den Fleiß, das Können, die Zähigkeit und die Zielstrebigkeit, mit denen diese Möglichkeiten genutzt worden sind, und die im Verein

mit jenen Rohstoffen und Arbeitskräften Voraussetzung waren für den gegenwärtig hohen Stand von Wissenschaft und Technik in der Welt.

Es gilt, die Geister zu entkolonialisieren

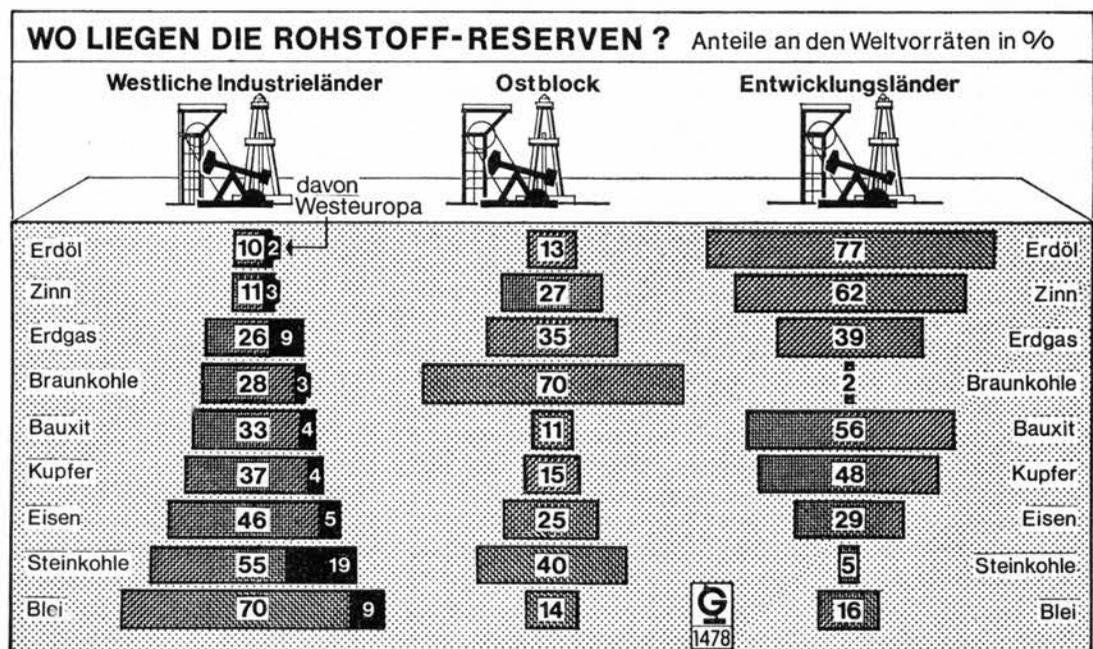
In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die bisweilen gespannte Atmosphäre zwischen der ›Gruppe 77‹⁸ und den Industriestaaten bei der Tagung in Lima, auf die gegenwärtige Ausgangslage der Entwicklungsländer bei ihrer Industrialisierung und nicht zuletzt auf die geforderte neue Ordnung der Weltwirtschaft sei auch dieses festgehalten: die Kolonialherrschaft war sicher kein System, das vornehmlich von Nächstenliebe und Humanität geprägt war. Aber es hieß Vorgängen und Tatsachen im Nachhinein ihr Eigengewicht nehmen, dürfte man zum Beispiel nicht fragen: Wer hat die Afrikaner daran gehindert, die Dampfmaschine zu erfinden? Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es noch keine Kolonialherrschaft, keine Europäer in Afrika, die den Einheimischen Gewalt antaten und sie daran hinderten, sich zu entfalten.

Damit soll nicht die koloniale Vergangenheit vergessen gemacht werden. Aber man sollte auch nicht erwarten, daß die ehemaligen Kolonialmächte oder die USA ständig in Sack und Asche zu gehen hätten. Immer häufiger hört man Vertreter von Industriestaaten wie von Entwicklungsländern gleichermaßen äußern, daß man sich bilateral, das heißt im Gespräch von Beauftragten zweier nationaler Staaten, gut verständige, daß es aber bei den multilateralen Verhandlungen, also während der verschiedenen Tagungen, zunehmend schwerer werde, sich zu einigen. Im Gegensatz zu bilateralen Verhandlungen neigt man hier immer mehr zur Konfrontation statt zur Kooperation.

Der Beobachter solcher Tagungen stellt fest, daß die Entwicklungsländer im Kollektiv die Industriestaaten, mehr unbewußt als bewußt, verdächtigen, im Grunde wollten diese sie doch auch weiterhin ausbeuten, betrieben sie eigentlich doch das eigene Geschäft. Die geringen Zugeständnisse würden lediglich gemacht, um die neokoloniale Absicht zu verschleiern.

Demgegenüber sind die Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern — auch hier mehr unbewußt als bewußt — voreingenommen hinsichtlich deren Können, Wissen und Erfahrung. Rückschauend in diesem Falle auf den langen, bisweilen dornenvollen Weg der Industrialisierung verweisen die Industriestaaten auf die mit viel Mühe erarbeiteten Methoden, die sich als ausgesprochen erfolgreich und damit als richtig

Die allseitige Abhängigkeit der Länder und Völker wächst. Nationale Selbstversorgung ist allenfalls noch einigen Riesenstaaten möglich, aber auch nicht von ihnen angestrebt. Allerdings erstreben insbesondere die rohstoffproduzierenden Länder eine volle und gleichwertige Partnerschaft in der Weltwirtschaft und sie setzen für dieses Ziel ihre Reserven auch politisch ein. Kann man ihnen das angesichts des keineswegs zimperlich handelnden internationalen big business verdenken? Faire Kooperation im Weltmaßstab muß die anzustrebende Methode sein.



erwiesen hätten. Befangen in diesen Methoden, die unter Umständen und Bedingungen erarbeitet worden sind, die sich zum Teil grundlegend geändert haben, befangen in diesen Methoden des Erfolgs, stehen die Industriestaaten daher den Vorschlägen und Forderungen der Entwicklungsländer von vornherein mißtrauisch, nicht selten ablehnend gegenüber, und wenn zugestimmt wird, geschieht dies meist unter ›Vorbehalten‹ und/oder nachträglich abgegebenen ›Erklärungen‹.

Es kommt auf beiden Seiten darauf an, sich jederzeit der jeweiligen Voreingenommenheiten gegeneinander bewußt zu werden, das Gebot der Stunde ist, was ich die Entkolonialisierung der Geister nennen möchte, hüben wie drüben.

Fortan aufeinander angewiesen

Dabei wären auf Seiten der Industriestaaten die Vorteile aus der Kolonialzeit nicht zu vergessen, und die Entwicklungsländer hätten eingedenk zu sein, daß Rohstoffe ohne die Technik, das Wissen und vor allem ohne die in den Industriestaaten gemachten Erfahrungen nur sehr unzulänglich genutzt werden könnten.

Hier erhebt sich zum Verständnis der Haltung der ›Gruppe 77‹ in Lima wie überhaupt der wirtschaftspolitischen Absichten der Entwicklungsländer die ganz konkrete Frage, wie potentiell reich an Rohstoffen sie eigentlich sind. Können sie den Industriestaaten durch ihre Rohstoffe, etwa mit Kartellen, Beschränkung der Förderung oder durch Embargo Paroli bieten? Sie können!, wenn sie die Industriestaaten auch nicht zu »strangulieren« (Kissinger) vermögen, vorausgesetzt, daß sie dies überhaupt je wollten.

Gleichwohl können die Entwicklungsländer den Industriestaaten das Leben unter fünf Aspekten schwer machen:

1. Die Diskussionen über die beiden Berichte des Klubs von Rom⁹ haben u. a. deutlich gemacht, daß die Rohstoffreserven dieser Erde endlich sind. Auch der Glaube an die Unbegrenztheit der Erfindungsgabe des Menschen ist kein Fundament für kalkulierbare Wirtschaftspläne.

2. Nicht nur in den Entwicklungsländern finden wir die Schatzkammern dieser Erde. Diese Länder sind auch keineswegs die größten Rohstoffherzeuger. Dies sind vielmehr einige der höchst entwickelten Staaten, wie die USA, Kanada und auch die Sowjetunion. Die Entwicklungsländer insgesamt verfügen nur über rund zwei Fünftel aller mineralischen Vorkommen. Allerdings hat sich ihr Anteil an der Welterzeugung von 23 vH im Jahre 1950 auf über 42 vH im Jahre 1970 erhöht, wohingegen der der Industriestaaten in der gleichen Zeit von 60 auf knapp 37 vH zurückgegangen ist; der Anteil der kommunistisch regierten Staaten hat während jener Jahre von 17 auf 21 vH zugenommen.

3. Doch nicht diese Zunahme ist ausschlaggebend für das Verhältnis zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten, genauer für die Interdependenz von Rohstoffen und Industrialisierung, sondern zum einen, daß einige westliche Industriestaaten mehr benötigen, als sie erzeugen. Die USA zum Beispiel waren 1974 mit 495 Mill. t der größte Erdölherzeuger vor der UdSSR mit 457 und Saudi-Arabien mit 412 t; die USA haben aber 784 Mill. t verbraucht¹⁰. Zum anderen produzieren die Entwicklungsländer demgegenüber weit mehr Rohstoffe, als sie selbst für ihren eigenen Bedarf benötigen. So erzeugten z. B. die Erdölländer in der Dritten Welt 1973 56,6 vH allen Erdöls, einschließlich der Länder des Ostblocks, verbrauchten selbst aber nur 8,8 vH. Ähnlich sind die Verhältnisse bei anderen Rohstoffen wie Zinn (78,0 und 9,1 vH), Bauxit mit 63,5 und 5,9 sowie Kupfer mit 45,6 und 5,6 vH¹¹. Daraus folgt, daß die Entwicklungsländer die wichtigsten Exporteure von Rohstoffen sind. Chile, Peru, Sambia und Zaire z. B. mit nur 36 vH an der Kupferproduktion beteiligt, bestreiten damit über 60 vH des Weltexports.

4. Daraus folgt weiter, daß auch höchst entwickelte Staaten mit einer guten Rohstoffbasis auf eine zusätzliche, regelmäßige

Lieferung von Rohstoffen aus Entwicklungsländern angewiesen sind. Dies gilt in erhöhtem Maße für jene Industriestaaten, wie die Bundesrepublik¹², Japan oder die übrigen Mitgliedstaaten der EG, die praktisch keinerlei nennenswerte Rohstoffvorkommen haben.

5. Die Entwicklungsländer sind, wie die Diskussionen in Lima zweifelsfrei zeigten, fest entschlossen, diese Rohstoffe von sofort an ständig mehr im eigenen Lande zu verarbeiten, um im Interesse ihrer Völker auf allen Stufen der Verarbeitung von den möglichen Gewinnen dieser Verarbeitung zu profitieren. Gegenwärtig betrifft der Anteil aller Entwicklungsländer (70 vH der Weltbevölkerung) an der Industrialisierung nur 7 vH. Bis zum Jahr 2000 soll dieser Anteil auf 25 vH erhöht werden (§ 28 der Erklärung von Lima). Das heißt, daß die Entwicklungsländer in absehbarer Zeit mehr Rohstoffe selbst benötigen werden, die dann für den Export nicht mehr zur Verfügung stehen. Dadurch braucht noch keine Knappheit zu entstehen, aber es spricht manches dafür, daß sie infolgedessen à la longue teurer werden.

Weiter sei festgehalten, daß die Möglichkeiten der Industrialisierung von Entwicklungsland zu Entwicklungsland unterschiedlich sind. Einmal gibt es viele Länder, die über mehrere Rohstoffe verfügen, zum Beispiel Peru oder Nigeria; solche, die überhaupt keine Rohstoffe in nennenswertem Umfang haben (Obervolta), und die darum für ihre Entwicklung auf die Industrialisierung im Bereich der Landwirtschaft angewiesen sind, sowie solche, die nur über einen Rohstoff verfügen, wie etwa die Scheichtümer am Golf.

Sodann ist hinsichtlich seiner Verwendbarkeit Rohstoff nicht gleich Rohstoff. Wir haben zu unterscheiden zwischen erneuerbaren Rohstoffen wie Holz, Vieh, Böden, Wasserkraft oder Sonnenenergie, teilweise erneuerbare und nicht erneuerbare. Zu letzteren gehören die fossilen Energieträger (Erdöl, Erdgas, Kohle). Teilweise erneuerbare sind fast alle Metalle (Altmetalle); Kupfer zum Beispiel wird im Durchschnitt zu 40 vH wiederverwendet. Für einige Länder ist übrigens ein bedeutender und sich stets erneuernder Rohstoff die touristisch nutzbare Landschaft (Kenia, Schweiz)¹³.

Unter drei Gesichtspunkten

Die Diskussion über die vorstehend skizzierten vielschichtigen Probleme wurden in Lima unter drei Gesichtspunkten geführt: unter politischen bzw. wirtschaftspolitischen, organisatorischen und sachlich-fachlichen. Letztere kamen entschieden zu kurz. Die Entwicklungsländer hatten hierzu nichts zu sagen oder konnten es aus Mangel an Praxis nicht, und die industriell hoch entwickelten Staaten sagten nichts. Es wäre fruchtbar gewesen, Grundvoraussetzungen für die praktische Industrialisierung zu diskutieren, etwa die Frage: Wie groß ist oder muß die Kapazität, Wachstum zu erzeugen, für die einzelnen Stufen der Verarbeitung sein, also die Motivation der Bevölkerung, die Qualität der Arbeitskraft, die soziale (Schulen, Ausbildungsstätten, Krankenstationen) und technische (Trampelpfade, Wege, Straßen) Infrastruktur, das Verhältnis zur Umwelt der Produktionsstätten, der Absatz und so weiter. Diese Gegebenheiten sind selbstverständlich von Land zu Land verschieden. Aber welches ist das Mindestmaß an dieser Kapazität, um mit Industrialisierung überhaupt beginnen zu können? Wie verschieden können oder dürfen diese Gegebenheiten sein, zum Beispiel Motivation?

Praktische Substanz hätte weiter eine Diskussion der sechs Vorschläge gehabt, die eine Gruppe von prominenten Fachleuten über eine langfristige Strategie der UNIDO für die Tagung erarbeitet hatte¹⁴. Das gilt besonders für den dritten und vierten Vorschlag. Der dritte regt u. a. an, »die Methoden und das Instrumentarium der technischen Hilfe zu überprüfen, das gegenwärtig bei operativen Maßnahmen angewendet wird«, der vierte, über wirkungsvollere Methoden nachzu-

denken, um das Interesse der Industriestaaten für die Industrialisierung in den Entwicklungsländern zu erregen.

Auch eine Diskussion über joint ventures, über Unternehmen, die von Angehörigen aus Entwicklungsländern und Industriestaaten gemeinsam betrieben werden, sowie über die Diversifizierung, die vertikale wie die horizontale, wäre hilfreich gewesen¹⁵, weil es über diese beiden Komplexe in vielen Ländern unterschiedlichster Entwicklungsstufen jeweils aufschlußreiche praktische Erfahrungen gibt.

Die Haltungen waren bekannt

Da die Entwicklungsländer mit der Konferenz in Lima im wirtschaftlichen ›sekundären Sektor‹ (Fourastié) verstärkt aktiv werden wollen, hatten sie sich auf diese Konferenz sorgfältig vorbereitet und dafür einen besonderen Ausschuß gebildet. Dieser legte im Dezember 1974 einen Entwurf für die Erklärung und das Aktionsprogramm von Lima vor, der im Januar 1975 überarbeitet wurde. Die Industriestaaten und die Länder des Ostblocks zogen weniger mit eigenen Entwürfen als mit Stellungnahmen zu dem Entwurf nach. China entwickelte zunächst eigene Vorstellungen, schloß sich dann aber dem Entwurf der ›Gruppe 77‹ an.

Die gegenseitigen Haltungen waren also bekannt, als man sich am 12. März in der peruanischen Hauptstadt an die Verhandlungstische der beiden Ausschüsse setzte, die die eigentliche Arbeit zu leisten hatten. Sie setzten sich aus Vertretern aller 89 Delegationen zusammen. Parallel laufend zu dieser Arbeit wurden in Plenarsitzungen die allgemeinen Regierungserklärungen abgegeben.

Der erste Ausschuß unter Vorsitz des Philippinen Hortencio J. Brillantes hatte die eigentliche Industrialisierung in den Entwicklungsländern zum Gegenstand. Die Diskussionen erstreckten sich jedoch bald nicht nur darauf und auf Maßnahmen wie solche zugunsten der Mangelländer, das heißt der 25 am meisten zurückgebliebenen unter den Entwicklungsländern, auf die Förderung der Industrialisierung, auf die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich sowie auf die längerfristige Tätigkeit der UNIDO, sondern sie bezog auch die ›Erklärung und das Aktionsprogramm für die Errichtung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung‹ in die Verhandlungen ein und damit alle Fragen des Handels, der Finanzen sowie das Verhältnis zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten, also allgemeine wirtschaftspolitische Probleme, die die Arbeit dieses Ausschusses bisweilen völlig beherrschten, über die die Meinungen weit auseinandergingen und zeitweise hart aufeinander prallten.

Ruhiger ging es im zweiten Ausschuß zu, den der Däne Björn Olsen leitete und der sich mit organisatorischen Fragen, vornehmlich mit der von den Entwicklungsländern angestrebten Änderung des Status der UNIDO im Rahmen des VN-Systems zu befassen hatte.

Die Meinung der EG

Die allgemeinen Erklärungen ergaben gegenüber den weltweiten Tagungen anderer Gremien der VN in letzter Zeit wenig Neues. Wie anderorts wurden auch hier die extremen Standpunkte von den Chinesen und den Amerikanern eingenommen. Die Chinesen machten einmal mehr die beiden Supermächte allein für das Elend in den Entwicklungsländern sowie für die internationalen Spannungen unserer Tage verantwortlich und stellten sich voll hinter den Entwurf der ›Gruppe 77‹.

Für die Haltung der USA und im Grunde auch für die OECD-Staaten sind folgende Sätze aus der amerikanischen Erklärung bezeichnend: »Wir haben uns hier nicht versammelt, um zu debattieren, ob die Entwicklungsländer industrialisieren sollten. Die Frage, die sich uns stellt, lautet, wie sie am wirkungsvollsten und schnellsten den Beitrag der Industrien

zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vergrößern können«¹⁷. Zu diesem Wie wurde dann aber wenig Konkretes gesagt, was die Entwicklungsländer befriedigte. So pochte die ›Gruppe 77‹ schließlich immer stärker auf ihrer Forderung nach einer neuen Ordnung der Weltwirtschaft.

Hier aber schieden sich die Geister unüberbrückbar. Es kam schließlich zu zehn Abstimmungen über einzelne Abschnitte der Erklärung und des Aktionsprogramms. Nicht in allen Fällen konnten sich die Industriestaaten des Westens durchsetzen. Sie blieben durchweg in einer geringen Minderheit. Die Länder des Ostblocks hielten sich auffallend zurück, sprachen im zweiten Ausschuß gegen die Umwandlung der UNIDO in eine Sonderorganisation, stimmten dann aber dem Plenum für die Erklärung und das Aktionsprogramm und damit auch für die Umwandlung.

Für die neun Mitgliedstaaten der EG sprach der irische Minister für Industrie und Handel, Keating. Er war insofern in einer guten Lage, als er die Bereitschaft zur Zusammenarbeit dieser Gemeinschaft mit den Entwicklungsländern und zur Hilfe bei der Industrialisierung mit dem Hinweis auf das Abkommen von Lomé praktisch beweisen konnte. Er sammelte bei den Vertretern aus den Entwicklungsländern weitere Pluspunkte, als er unter anderem sagte: »Die ›Gruppe 77‹ hat gebeten, daß ihr Entwurf Grundlage der Diskussionen sein soll. Was die Gemeinschaft anbetrifft, so ist sie damit einverstanden.«

Keating, der am ersten Tag seine Erklärung abgab, warnte aber auch die Konferenz eindringlich, nicht vom Thema abzuschweifen. Sie solle keine Themen behandeln, welche Aufgaben der Welthandelskonferenz, des GATT, des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank seien und dort unter jeweils fachlichen Aspekten sehr umsichtig geprüft werden könnten. Mit dieser Erklärung war die Einheit der neun Mitgliedstaaten aber praktisch auch schon am Ende; denn bei den Abstimmungen nahmen die Neun nie gemeinsame Stellung, wie die Abstimmungen über jene zehn Abschnitte der Erklärung und des Aktionsprogramms zeigen¹⁸.

»Darauf werden wir bestehen«

Bis wenige Tage vor Schluß der Konferenz war auch die ›Gruppe 77‹ geteilter Meinung. Aber dann fanden sich diese wirtschaftlich so heterogenen Staaten doch zusammen, und um Erklärung und Aktionsprogramm ohne Abstimmung (consensus) verabschieden zu können, waren sie zu gewissen Zugeständnissen bereit. Einige Industriestaaten waren aber der Auffassung, daß sie sich im Hinblick auf ein weiteres Funktionieren der Weltwirtschaft mit den in den Dokumenten niedergelegten Auffassungen und Forderungen nicht einverstanden erklären könnten. Zum Erstaunen der Konferenz waren es dann nicht die Entwicklungsländer, die eine namentliche Abstimmung verlangten, sondern die USA, Großbritannien, Japan und die Bundesrepublik Deutschland. Bei Enthaltungen der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Italiens, Belgiens, Israels, Kanadas sowie Japans und gegen die Stimme der USA wurden Erklärung und Programm unter Zustimmung von 82 Staaten angenommen, darunter Frankreich, die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich und die Schweiz.

Das Fazit von Lima möchte ich mit den Worten eines prominenten Sprechers der ›Gruppe 77‹ ziehen, der mir im Nachhinein zu der Abstimmung und dem Ergebnis der Konferenz unter anderem sagte: »Wir erwarten ja gar nicht, daß man zu unseren Vorschlägen und Forderungen von vornherein ›Ja‹ sagt. Aber mit einem ständigen ›Nein‹ oder ›das geht wirtschaftlich nicht‹ oder ›dem können wir nicht zustimmen‹ oder gar ›damit würde das gegenwärtige Wirtschaftssystem in Frage gestellt‹ ist uns nicht gedient. Man überzeuge mit Argumenten, was nicht geht, und warum es nicht geht. Ein Verweis auf die eigenen Erfahrungen der jeweiligen Industrie-

staaten nützt uns wenig; denn bei uns sind die Verhältnisse anders. Für diese Verhältnisse suchen wir Verbesserungen sowie eine neue Ordnung. Darauf müssen und darauf werden wir bestehen.«

Fazit

Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist man der Auffassung, daß Teile der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung reparaturbedürftig seien, wie Wirtschaftsminister Friderichs zur Eröffnung des Deutschen Schiffbau-Tages 1975 am 28. April dieses Jahres in Hamburg sagte. Dabei dürften aber nicht, wie es die Entwicklungsländer forderten, die Marktkräfte ausgeschaltet werden. In einer neuen Ordnung der Weltwirtschaft müsse dagegen »die Effizienz des Marktes mit der Hilfe für die Schwachen verbunden werden.«

Aber wie und wann? Auf diese Fragen werden die ungeduldigen Entwicklungsländer Anfang September auf der 7. Sonderkonferenz der Vereinten Nationen eine ausführliche Antwort verlangen. Dann wäre es zweckmäßig sie zu überzeugen, daß die Industriestaaten ihnen tatsächlich helfen wollen und daß die Bedenken gegen gewisse ihrer Forderungen allein sachliche Gründe haben und zwar welche Gründe, und daß es sich bei dieser Zurückhaltung weder um bösen Willen noch um Tricks noch um Fallen handelt.

Anmerkungen

- 1 Der Autor, der sich seit fast 20 Jahren mit der Arbeit der internationalen Organisationen als Beobachter beschäftigt, hat seit Entstehen der UNIDO im Jahre 1966 und dem 1. Internationalen Symposium über Industrielle Entwicklung Ende 1967 in Athen auch die Tätigkeit dieser Organisation laufend verfolgt. Hierzu sei besonders auf seine folgende Arbeiten verwiesen: »UNIDO — zweite weltumfassende Wirtschaftsorganisation«, in: Nachrichten für Außenhandel (NfA) 1967 Nr. 287; »Die Bilanz von Athen«, in: Außenhandelsdienste vom 11. 1. 1968; »Die Welt-Industrie-Konferenz in der Meinung von Gebem und Empfängern«, in: Mitteilungen, hrsg. von den Vereinigten Wirtschaftsdiensten (VWD), 18. Jg. Nr. 27.
- 2 Fourastié, J.: Die Große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, 1969. Fourastié unterscheidet drei Sektoren der gesellschaftlichen Produktion: zum primären gehören alle Bereiche mit geringerem technischen Aufwand, wie Land- und Forst-Wirtschaft; zum sekundären alle Bereiche mit mehr oder minder starkem technischem Einsatz, d. h. alle Industrien, und zum tertiären die Dienstleistungen aller Art.

- 3 In diesem Zusammenhang auch: Brzezinski, Z.: Gesellschaft und Staatenwelt im technetronischen Zeitalter, in: Europa-Archiv, 25. Jg. (1970), S. 845 ff.
- 4 Siehe hierzu Timmler, M.: Voraussetzungen, Ergebnis und Bedeutung der III. Welt-Handelskonferenz, 1974, S. 319—324 und S. 326 bis 330.
- 5 Dok. ID/B/155/Add. 1.
- 6 Der Begriff geht auf Mao-tse-Tung zurück. Nach dem Sieg über Japan stellte er am 13. 8. 1945 die rhetorische Frage: »Worauf wollen wir unsere Politik gründen?«, und er antwortete sich selbst: »Sie soll gegründet sein auf unsere eigene Stärke. Das aber bedeutet Regeneration durch jedes Einzelnen eigene Anstrengung.« — Am 5. 2. 1967 griff der Staatspräsident von Tansania, Nyerere, in seiner Erklärung von Arusha jenen Appell auf. Er verkündete die self-reliance, das Besinnen auf die eigenen Kräfte und Möglichkeiten als Leitbild des Handelns für Regierung und Volk. Am 5. 8. 1967 erläuterte er jene Erklärung über die self-reliance »als eine Grundsatzerklärung, nicht mehr. Sie nennt das Ziel ... Sie deutet die Richtung der Entwicklung an. Die Erklärung bzw. die self-reliance ist der Anfang, nicht das Ende eines sehr langen und wahrscheinlich äußerst mühsamen Weges.«
- 7 Menning, G.: Neue Wirtschaftsordnung angestrebt, in: VN 22. Jg. (1974), S. 70 ff.
- 8 Der Name erklärt sich aus der Anzahl der Entwicklungsländer, die sich während der I. Welthandelskonferenz zum Schutz ihrer gemeinsamen besonderen Interessen zu einer eigenen Gruppe innerhalb der Konferenz zusammenschlossen. Zu dieser Gruppe zählen inzwischen 104 Entwicklungsländer. Gleichwohl ist der Name beibehalten worden.
- 9 Meadows, D. und andere: Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, 1973; Mesarovic, M. und E. Pestel: Menschheit am Wendepunkt, 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage, 1974.
- 10 Siehe »Oleodoro 74«, hrsg. v. d. Esso-AG, Hamburg.
- 11 Siehe Mesarovic, Menschheit, aaO (Anm. 9), S. 32 ff.
- 12 Für die Bundesrepublik beträgt die Marktabhängigkeit bei Kupfer, Zinn, Aluminium, Titan, Brom, Mangan, Nickel, Wolfram, Vanadium, Phosphat 100 vH, bei Eisen 95 vH, bei Blei 85, Zellstoff 75 und Zink 70 vH.
- 13 Siehe hierzu die Arbeiten von Paterson, J. H.: Land, Work, Resources, 1972, und Ritter, W.: Natürliche Ressourcen in Entwicklungsländern, in der Zeitschrift »Internationale Entwicklung«, Wien 1964/I.
- 14 Dok. ID/B/133.
- 15 Unter vertikaler Diversifizierung sind die verschiedenen Stufen der industriellen Verarbeitung zu verstehen, vom Rohstoff bis zum Gebrauchs- bzw. Konsumgut; z. B. Baumwolle — Garn — Stoff — bedruckte Stoffe — Wäsche — Oberbekleidung. Horizontale Diversifizierung ist die Aufnahme einer neuen Produktion neben bereits betriebenen; z. B. neben Kakao wird Kaffee oder Tee angepflanzt.
- 16 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 38 vom 18. März 1975, S. 370.
- 17 Dieses und das weiter unten folgende Zitat von Keating sind den Manuskripten entnommen.



Der Herr Bundespräsident hat Herrn Kurt Seinsch anlässlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 4. Mai 1975 wegen seines vielseitigen Wirkens für die Ziele der Vereinten Nationen das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Es wurde Herrn Seinsch im Auswärtigen Amt von Staatssekretär Dr. Walter Gehlhoff (rechts) im Beisein des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Karl-Hans Kern, MdB, (links) und weiterer Persönlichkeiten mit ehrenden Worten überreicht. Vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen wurde Herr Seinsch aus gleichem Anlaß dadurch geehrt, daß er zukünftig im Impressum der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN als ihr Gründer genannt wird.